



§ 13. Die Mitgliedschaft erlischt

- durch Tod,
- durch freiwilligen Austritt,
- durch Ausschluss.

§ 14. Der freiwillige Austritt ist dem Ortsverein schriftlich mitzuteilen.

§ 15. Mitglieder, die Arbeitslos werden, können Mitglied bleiben, jedoch dürfen sie in leitender, bezittlicher oder zentraler Stelle weder Sitz noch Stimme haben.

§ 16. Von dem Verbände kann durch Beschluss des Verbandsvorstandes oder durch Beschluss der Mitgliederversammlung des zuständigen Ortsvereins ausgeschlossen werden, wer

- im Aufnahmeantraa wissenschaftliche Angaben gemacht hat,
- zu einer Zwangsstrafe wegen gemeiner Verbrechen oder zu einer mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verbundenen Gefängnisstrafe rechtskräftig verurteilt wurde,
- mit der Beitragszahlung zwei Monate im Rückstande ist und eine Stundung nicht nachgesucht und erhalten hat. Die entstehenden Mahngebühren hat das Mitglied zu tragen
- durch sein Verhalten den Verbandsvorstand berahelstet oder die Interessen des Verbandes oder der Mitglieder gefährdet hat.

§ 17. Der Beschluss über den Ausschluss eines Mitgliedes ist diesem schriftlich mitzuteilen. Dem ausgeschlossenen Mitgliede steht das Recht zu, den Schiedsaussschuss einzurufen. Der Einspruch gegen dessen Entscheidung beschließt der Abgeordneteitag endgültig.

§ 18. Freiwillig ausgetretene oder wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossene Mitglieder können innerhalb sechs Monaten nach ihrem Ausscheiden gegen Zahlung der rückständigen Beiträge alle Rechte der früheren Mitgliedschaft wieder erwerben.

IV. Beiträge und Pflichten der Mitglieder.

§ 19. Jedes Mitglied ist verpflichtet, für die Ausbreitung des Verbandes und für die Erreichung seiner Zwecke zu wirken, den Entlohnungen und allen verbindlichen Beschlüssen der Verbandsorgane nachzukommen, die festgelegten Beiträge pünktlich zu entrichten, dem Ortsverein stets seine genaue Adresse mitzuteilen, die Versammlungen und Veranstaltungen der Ortsvereine regelmäßig zu besuchen und das Verbandsorgan zu beziehen.

§ 20. Beim Eintritt in den Verband hat das Mitglied ein Fünftel des Monatsbeitrages als Einschreibgebühr zu zahlen.

§ 21. An Beiträgen*) haben monatlich im voraus zu zahlen:

- ordentliche Mitglieder Mark; dieser Beitrag ermäßigt sich bei einem Einkommen bis zu Mark auf Mark; bei einem Einkommen bis Mark auf Mark;
- außerordentliche Mitglieder (Besucher technischer Lehranstalten) je Monat 5 Mk.;
- erwerbsunfähige und nicht mehr erwerbstätige Mitglieder je Monat 3 Mk.;
- Mitglieder, die längere Zeit als Arbeiter tätig sind und deshalb einer anderen freien Berufstätigkeit beitreten müssen, können den zur Zeit des Austrittes vorhandenen Anspruch auf die Unterstützungsleistungen des Verbandes mit Ausnahme der Stellenlosen-, Streik- und Rechtsfürsorgeunterstützung durch Zahlung des Zehntels des jeweiligen Höchstbetrages aufrecht erhalten.

§ 22. Zur Verrichtung besonderer Ortsverwaltungsstellen oder sonstiger Ortsverrichtungen ist es den Ortsvereinen gestattet, neben der prozentualen, vom Verband zu leitenden Rückvergütung einer besonderen Ortszuschlag zu erheben, dessen Höhe die Mitgliederversammlung bestimmt. Selbstjährlich ist der Hauptverwaltung ein Kassenericht über alle in Ortsvereinen bestehenden Kassen vorzulegen, und zwar erstmalig zum 1. Januar 1923. Zur ordnungsmäßigen Beschaffung und vom Verbandesverwaltend genehmigte Ortszuschläge besteht die gleiche Entschuldigspflicht wie für die ordentlichen Verbandsbeiträge.

§ 23. In außerordentlichen Fällen kann der Verbandsvorstand die Erhebung von Sonderbeiträgen bis zur Dauer von sechs Monaten beschließen. Die Herabsetzung der ordentlichen Verbandsbeiträge kann nur durch den Abgeordneteitag oder durch schriftliche Abminderung der Abgeordneten erfolgen.

*) Anm.: Die Beiträge und Unterstützungen richten sich nach den augenblicklichen Verhältnissen. Ihre Höhe wird im Verbandsorgan bekannt gegeben.

§ 24. Weder ordentliche noch außerordentliche Beiträge können erlassen werden. Die Beitragspflicht ruht zeitlich auf Antrag:

- wenn das Mitglied in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Pflichten an der Ausübung seines Berufes verhindert ist,
- bei erwerbsfähigen Mitgliedern, die länger als drei Monate stellunglos und verdienstlos sind und keinen Anspruch auf Stellenlosen-Unterstützung für die Dauer der Verdienstlosigkeit, längstens jedoch für die Dauer eines Jahres,
- das gleiche gilt für kranke und verdienstlose Mitglieder, denen Gehalt nicht mehr gezahlt wird, und für Mitglieder, die länger als sechs Monate eine Fachschule besuchen

V. Rechte der Mitglieder.

§ 25. Jedes Mitglied hat das Recht, entsprechend den Satzungen, an der Verrichtung des Verbandes und seiner Einrichtungen teilzunehmen.

§ 26. Der Zeitliche Werkmeister-Verband gewährt auf Antrag aus dem vom Abgeordneteitag bereitgestellten Mitteln Unterstützungen:

- bei besonderer Notlage des Mitgliedes und seiner Familie (Unterstützung von Fall zu Fall),
- beim Tode eines Mitgliedes an die Hinterbliebenen,
- bei Hochaltrigkeit,
- bei Stellenlosigkeit des Mitgliedes,
- bei Stiefs, Ansteherrangen, Mäheerlegung (Solidaritätsunterstützung),
- bei dauernder Erwerbsunfähigkeit der Mitglieder.

Ein fangbarer Anspruch des Mitgliedes und seiner Angehörigen auf Unterstützung besteht nicht.

§ 27. Die Mitgliedschaft berechtigt:

- zur Teilnahme an den von Verband geschaffenen sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen,
- zur kostenlosen Benutzung der eingerichteten Kassen,
- zum Beitritt zur Sterbekasse, Lebensversicherung und Krankenkasse,
- zur Benutzung der Sparkasse,
- zur Benutzung der Erholungsheime,
- zum unentgeltlichen Bezug der Werkmeister-Zeitung.

VI. Verwaltung des Verbandes.

§ 28. Die Organe des Verbandes sind:

- Zeitliche Verwaltung, b) Gruppenleitung, c) Bezirksleitung, d) Hauptverwaltung, e) Verbandsvorstand, f) Abgeordneteitag.

a) Zeitliche Verwaltung.

§ 29. In Orten, in denen eine genügende Anzahl von Verbandsmitgliedern vorhanden ist, wird mit Zustimmung des Verbandsvorstandes nach Anhören der Gruppenleitung ein Ortsverein gebildet. Mehrere Ortsvereine schließen sich zu einer Zentrale zusammen, deren Geschäfte eine Geschäftsordnung regelt. Die Geschäftsordnung ist der Hauptverwaltung zur Genehmigung einzureichen.

Mitglieder, die sich im Auslande befinden, werden in einer Auslandsgruppe zusammengefasst, deren Geschäfte die Hauptverwaltung führt. Die Ortsvereine sind verpflichtet, die ins Ausland ziehenden Mitglieder der Hauptverwaltung sofort zu melden.

§ 30. Zur Leitung eines Ortsvereins wählt die Mitgliederversammlung einen geschäftsführenden Vorstand. Er besteht aus:

- dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter,
- dem Schriftführer und dessen Stellvertreter,
- dem Kassensführer und dessen Stellvertreter,
- dem Vertrauensmann,
- mindestens drei Beisitzer.

Der Vorstand wird in einer im Monat November stattfindenden Hauptversammlung gewählt. Die Amtszeit beginnt am Schluss der für den Monat Januar einberufenen Hauptversammlung und dauert zwei Jahre mit der Maßgabe, daß alljährlich die Hälfte der Vorstandsmglieder neu zu wählen ist. Auscheidende sind wiederwählbar. — Das erstmalige Ausschreiben bestimmt das vom Vorsitzenden zu stellende

4 Los. — Der Vorstand wird unterstützt durch die Betriebsbeitragsrentenleute, welche in der zweckmäßigen Zahl alljährlich Betriebsweise gewählt werden.

§ 31. Die Mitglieder der Ortsvereine werden nach der Zugehörigkeit der Industriezweige in Fachgruppen gegliedert. Die Gliederung erfolgt nach den in der Geschäftsordnung für die Industriegruppen angegebenen Anweisungen.

§ 32. Der Vorstand führt die Geschäfte des Ortsvereins. Er vertritt ihn gerichtlich und außergerichtlich. Alle Schriftstücke des Vorstandes, mit Ausnahme von solchen, welche Kasseneingangsbelegen betreffen, sind von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. — Neben seine Verhandlungen führt der Vorstand eine Niederschrift, die von dem Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

Der Kassensführer leitet die Kassengeschäfte des Ortsvereins. Er führt die erforderlichen Kasseneinlagen und legt am Schlusse eines jeden Vierteljahres der Mitgliederverammlung seinen Rechnungsabschluss vor. Alle Schriftstücke, die Kasseneingangsbelegen betreffen, sind von dem Vorsitzenden und Kassensführer zu unterzeichnen.

Für die räufliche Abfertigung der Beiträge an die Hauptverwaltung ist der Vorstand des Ortsvereins mit verantwortlich. Zu diesem Zweck ist der Kassensführer verpflichtet, alle Monate in der Vorstandssitzung die Abrechnung der Hauptverwaltung zur Einsicht vorzulegen.

Der Vorstand hat die ihm vom Verband und seinen Einrichtungen übertragenen Geschäfte nach Maßgabe der dafür bestehenden Geschäftsordnung sorgfältig zu führen.

§ 33. Die Mitglieder versammeln sich alle Monate zu einer ordentlichen Mitgliederverammlung. Der Monatsverammlung gelten als Hauptverammlung.

§ 34. Alle Rechnungsabträge sind gewissenhaft zu buchen und die Belege für alle Ausgaben sorgfältig aufzubewahren. — Die Kassensprüfer sind verpflichtet, einverrichtlich die Kasseneinbücher des Vereins gewissenhaft zu prüfen, die Belege mit den Ausgaben zu vergleichen und sich vom Vorstandsmittel des durch die Kasseneinbücher ausgezeichneter Vermögens zu überzeugen. — Sie berichten über die Prüfung in der nächsten Hauptverammlung.

§ 35. Soll ein Ortsverein angefaßt werden, so ist eine außerordentliche Mitgliederverammlung einzuberufen, zu der mindestens 14 Tage vorher in der Werkmeister-Zeitung eingeladen werden muß. Die Verammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Der Beschluß zur Auflösung muß mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden.

Ist die einberufene Mitgliederverammlung nicht beschlussfähig, so sind die Mitglieder zu einer zweiten außerordentlichen Mitgliederverammlung einzuladen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen mit Stimmenmehrheit die Auflösung des Vereins beschließen kann. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. In der Einladung zu der zweiten außerordentlichen Mitgliederverammlung, die ebenfalls 14 Tage vorher zu veröffentlichten ist, ist auf ihre erweiterte Beschlussfähigkeit hinzuweisen.

Neben die Auflösung des Ortsvereins ist eine Niederschrift anzufertigen und der Hauptverwaltung zuzusenden. Ortsvereine, die aufgelöst werden, haben das gesamte Vereinsvermögen, eine genaue Schlussabrechnung und noch vorhandene Barmittel an die Hauptverwaltung abzuliefern.

d) Gruppenleitung.

§ 36. Die zu einer Wahlgruppe zusammengefaßten Ortsvereine werden von einem geschäftsführenden Vorstand (Gruppenvorstand) geleitet, den die Vereine der Wahlgruppe wählen. Er besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem Schriftführer und dem Kassensführer. Die Amtszeit dauert zwei Jahre, Wiederwahl ist zulässig.

Die Vorstandsmittelglieder sind aus Zweckmäßigkeitsgründen aus den Ortsvereinen des Bezirks der Gruppe zu wählen.

- § 37. Der Gruppenvorstand hat die Aufgabe:
 - a) die Tätigkeit der ihm zugehörigen Ortsvereine zu überwachen,
 - b) die Werbung von Mitgliedern und die Gründung von Ortsvereinen zu übernehmen,
 - c) Gruppentage einzuberufen und zu leiten,
 - d) die ihm vom Verbandsvorstand oder Bezirksvorstand übertragenen Arbeiten zu erledigen,
 - e) die Rollen für den Abgeordneten und dessen Stellvertreter vorzubereiten,
 - f) die Anträge für den Abgeordneten-Tage zu beraten und durch den Abgeordneten der Hauptverwaltung zu unterbreiten.

g) die Industriegruppen und die Tarifabstufung zu fördern.

§ 38. Zur Aufbringung der nötigen Mittel ist in jeder Gruppe eine Gruppenkasse zu errichten, zu welcher die Ortsvereine im Verhältnis zu der Mitgliederzahl beizutragen. Unter diese Kosten fallen auch die Kosten der Gruppenverwaltung, der Gruppentage, die notwendigen Reisen des Gruppenvorstandes, die Kosten der Geschäftsleiter für die Tarifabstufung, die Ausgaben des Abgeordneten, soweit sie nicht von der Hauptverwaltung gedeckt werden. — Die Hauptverwaltung deckt die Kosten des Abgeordneten, die durch dessen Teilnahme an Bezirkskonferenzen, Gruppen- und Bezirkstagen und durch sonstige von der Hauptverwaltung geforderte Tätigkeit entstehen. — Der Gruppenvorstand führt die Selbsttätigkeit der Hauptverwaltung einen ausführlichen Kamerabuch zu geben, und zwar erstmalig zum 1. Januar 1923. Wie selbster, die nicht für die laufenden Geschäfte der Gruppe benötigt werden, find bei der Deutschen Werkmeister-Vereinigung 4.6. anzulegen.

§ 39. In jeder Gruppe hat mindestens einmal im Jahre ein Gruppentag stattzufinden. Die Einladung muß mindestens 3 Wochen vor dem für den Gruppentag in Rücksicht genommenen Tage ergehen sein und mindestens 2 Wochen vor dem Veranstaltungstag in der Werkmeister-Zeitung veröffentlicht werden.

Der Gruppenvorstand kann in dringenden Fällen ohne vorherige Benachrichtigung der Ortsvereine einen Gruppentag einberufen; dies muß erfolgen auf Antrag der Mehrheit der angeschlossenen Ortsvereine oder auf Antrag des Abgeordneten.

§ 40. Anträge zur Tagesordnung können der Vorstandsvorsitzende, der Bezirksvertreter, der Gruppenabgeordnete, die Orts- und Gruppenvorstände und die Vorstände der angeschlossenen Ortsvereine stellen. Die Anträge sollen wenigstens eine Woche vor der Tagung im Besitze des Gruppenvorstandes sein. § 41. Jeder Ortsverein hat das Recht, bis zu 100 Mitglieder einen Vertreter, bis zu 200 Mitglieder zwei Vertreter, bis zu 300 Mitglieder drei Vertreter, bis zu 400 Mitglieder vier Vertreter, bis zu 500 Mitglieder fünf Vertreter, für jede weiteren 500 je einen Vertreter mehr zu entsenden. Stimmübertragung ist zulässig. Die Berechtigung bestimmt der Gruppentag.

§ 42. Die zu einer Wahlgruppe zusammengefaßten Ortsvereine wählen nach den Bestimmungen der Wahlordnung einen Abgeordneten und zwei Stellvertreter. — Der Abgeordnete vertritt die Gruppe in allen Angelegenheiten gegenüber dem Verbandsvorstand und auf dem Abgeordnetentage.

c) Bezirksleitung.

§ 43. Die zu einem Wahlbezirk zusammengefaßten Ortsvereine des Deutschen Werkmeister-Verbandes werden von einem geschäftsführenden Vorstande (Bezirksvorstand) geleitet, der aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem Schriftführer und dem Kassensführer besteht. Die Amtszeit dauert zwei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

§ 44. Der Bezirksvorstand hat die Aufgabe, die Tätigkeit der ihm zugehörigen Gruppen und der dazu gehörigen Ortsvereine nach Maßgabe des Sozialen Programms und der Satzungen des Verbandes zu überwachen, sowie für die Durchführung der Anordnungen der Verbandshauptorgane Sorge zu tragen. Er beruft die Bezirksstage ein und trifft die Vorbereitungen für die Wahl des Bezirksvertreters und der Stellvertreter.

§ 45. Bezirksstage werden nach Bedarf einberufen. Ein Bezirksstag muß einberufen werden, wenn die Mehrheit der Gruppenleistungen oder der Bezirksverträge zu beantragen. — Bezirkskonferenzen, deren Kosten der Verband trägt, werden nach Bedarf vom Bezirksvertreter einberufen. Es nehmen daran teil die Abgeordneten, die Bezirks- und Gruppenvorstände und nach Bedarf die Geschäftsführer.

§ 46. Die Kosten der Bezirksverwaltung und der Bezirksstage werden anteilig von den Gruppen getragen.

§ 47. Die zu einem Wahlbezirk zusammengefaßten Ortsvereine wählen nach den Bestimmungen der Wahlordnung einen Bezirksvertreter und dessen Stellvertreter. Der Bezirksvertreter und dessen Stellvertreter müssen berufstätige Arbeiter sein. Ihr Amt löst sie im Ehrenamt aus. — Der Vertreter ist mit bestimmten Bestimmungen ausgerüstet und besetzt die erste verantwortliche Stelle, welche die Mitgliedschaft des Bezirks zu vergeben hat.

d) Hauptverwaltung.

§ 48. Die laufenden Hauptverwaltungsgeschäfte führt der Verbandsvorstand durch die Hauptverwaltung. Sie besteht aus: 1. den beiden Verbandsvorsitzenden,

6 2 dem Verbandschaftsführer, 3. dem Verbandsstafsführer, 4. dem Schriftleiter des Verbandsergans und den vom Verbandsvorstand bestellten Geschäftsführern.

- a) Je zwei der unter 1 bis 3 genannten Personen sind zur rechtlichen Vertretung des Verbandes befugt.
- b) Die Hauptverwaltung betrifft den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Sie ist insbesondere berechtigt, Verträge einzuschließen. Zuständig für die Durchführung von Verträgen sind die Gerichte am Orte des Verbandes.
- c) Die unter 1 bis 3 genannten Personen sind dem Abgeordnetenrat und dem Verbandsvorstand gegenüber für die Ausführung der gefassten Beschlüsse der antwortlich. Die Vorstehenden regeln die Geschäftsverteilung innerhalb der Satzungen und Geschäftsordnungen und ordnen für den Fall der Abwesenheit des Verbandsstafsführers oder des Verbandsstafsführers deren Vertretung an.
- d) Die Verbandsvorstehenden können jederzeit in alle Bücher und Schriftstücke, soweit sie den Verband betreffen, Einblick nehmen. Soweit es sich um Angelegenheiten der Wermeister-Zeltung handelt, können sie jedoch nur solche Schriftstücke einsehen, die von der Schriftleitung nicht abgeben zu halten sind.
- e) Die Jahresbücher sind am Schluß des Geschäftsjahres, das mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, abzuschließen. Spätestens 2 Monate nach Schluß des Geschäftsjahres ist dem Verbandsvorstand unter Vorlegung der Belege die Jahresabrechnung für das abgelaufene Geschäftsjahr zur Mitteilung an den Abgeordnetenrat einzurichten.
- f) Die unter 1 bis 3 genannten Mitglieder der Hauptverwaltung können in eiligen Fällen unter Mitwirkung der drei zunächst erreichbaren, nach Möglichkeit beteiligten Bezirksvertreter unaufschiebbare Beschlüsse fassen, die für alle Mitglieder bindend sind. Die gefassten Beschlüsse sind dem Verbandsvorstande und den Abgeordneten unverzüglich mitzuteilen.
- g) Der Verbandsvorstand erläßt für die Geschäftsführung und die nach Absatz 1 zu fassenden Beschlüsse eine Geschäftsordnung.
- h) Die Arbeit der Hauptverwaltung unterstützen die Bezirks- und Gruppen-Geschäftsstellen, die nach den vom Verbandsvorstand gegebenen Anweisungen arbeiten.

e) Verbandsvorstand.

§ 49. Der Verbandsvorstand besteht aus sechzehn Mitgliedern, und zwar den zwei hauptamtlich tätigen, gleichberechtigten Vorsitzenden und vierzehn ehrenamtlich tätigen Bezirksvertretern.

Die Verbandsverpflichtungen werden von den Abgeordnetenrat, die vierzehn ehrenamtlich tätigen Bezirksvertreter von den Ortsvereinen der Wahlbezirke nach der vom Abgeordnetenrat festgesetzten Aufschlüsselung gewährt.

§ 50. Die Amtszeit der beiden Vorsitzenden, der vierzehn Bezirksvertreter und deren Stellvertreter beträgt drei Jahre, mit der Maßgabe, daß am Schluß des Abgeordnetenratstages alle zwei Jahre die Hälfte aussteht. Wiederwahl ist zulässig. Das erkrankte Auscheiden eines Verbandsvorsitzenden wird auf dem nächsten Abgeordnetenrat durch das Los bestimmt.

§ 51. Dem Verbandsvorstand liegt ob:

- a) die Durchführung der Beschlüsse des Abgeordnetenratstages.
- b) die tatsächliche Vertretung des Wohltes der Mitglieder nach dem sozialen Programm.
- c) die Aufnahme und der Ausschluß von Mitgliedern.
- d) den Verbandsstafsführer, den Verbandsstafsführer, den Schriftleiter des Verbandsergans, die Geschäftsführer der Hauptverwaltung und sämtliche Aufseherbeamte anzustellen, ihnen zu kündigen und ihre Geschäftsführung zu übernehmen. Bei Anstellung oder Entlassung der Aufseherbeamten ist der zuständige Bezirksvertreter und Abgeordnete zu hören.
- e) den Jahresabschluß der Hauptverwaltung zu prüfen und dem Abgeordnetenrat vorzulegen.
 - 1) über die Unterstützungsangelegenheiten der Mitglieder zu entscheiden,
 - 2) das Vermögen des Verbandes sorgfältig zu verwalten,
 - 3) Geschäftsstellen einzurichten,
 - 4) den Abgeordnetenrat zu berufen,
 - 5) Bekanntmachungen zu erlassen, die Mitglieder zur Kräftigung aufzufordern, schriftliche Abstimmlungen der Abgeordneten herbeizuführen und zu leiten, sowie die nach den Satzungen und Geschäftsordnungen vorgezeichneten Aufgaben zu erfüllen.

7 § 52. Der Verbandsvorstand tagt in der Regel am Orte des Verbandes. Er ist beschlußfähig, wenn mindestens 2/3 der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse verkünden berufen die Verbandsvorstandsbildungen ein und führen den Vorsitz nach einer vom Verbandsvorstand festgelegten Geschäftsordnung. — Eine Verbandsverhandlung muß einberufen werden, wenn ein Drittel der Vorstandsmitglieder dies beantragt. — Ist ein Verbandsmitglied an der Teilnahme an einer Sitzung verhindert, so hat er seinen Stellvertreter unverzüglich zu benachrichtigen.

Die gefassten Beschlüsse sind, soweit sie nicht vertraulicher Art, den Abgeordneten mitzuteilen.

§ 53. Zur Unterstützung des Verbandsvorstandes werden Ausschüsse gebildet. Soweit die Ausschüsse vom Verbandsvorstand berufen werden, regelt er ihre Befugnisse und hat das Recht der Auflösung.

§ 54. Es werden die folgenden ständigen Ausschüsse eingesetzt:

- a) Schiedsaussschuß. — b) Unterstützungsaussschuß. — c) Preßsaussschuß. — d) Prüfungsaussschuß. — e) Haushaltsaussschuß. — f) Ausschuß für Sozial- und Wirtschaftswesen.

Jeder Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden und einen Schriftführer. Ueber die Verhandlungen ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.

Schiedsaussschuß.

§ 55. Der Schiedsaussschuß besteht aus zwei Mitgliedern nebst Stellvertretern des Verbandsvorstandes und drei weiteren Mitgliedern nebst Stellvertretern, die der Abgeordnetenrat auf die Dauer von zwei Jahren wählt. — Der Schiedsaussschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Er entscheidet über den Ausschluß eines Ortsvereins und eines einzelnen Mitgliedes. Der Abgeordnetenrat entscheidet endgültig, wenn er angerufen wird. — Die Parteien sind zu den Verhandlungen zuzulassen.

Unterstützungsaussschuß.

§ 56. Der Unterstützungsaussschuß besteht aus neun Mitgliedern der Ditteler Ortsvereine nebst ehrenamtlichen Stellvertretern, die dem Verbandsvorstand nach den Vorschlägen dieser Ortsvereine bestellt werden. Die Mitglieder des Unterstützungsaussschusses dürfen dem Unterstützungsaussschuß ihres Ortsvereins nicht angehören. Der Unterstützungsaussschuß entscheidet über die Anträge auf Gewährung von Unterstützungen:

- a) bei besonderer Notlage des Mitgliedes und seiner Familie (Unterstützung von Fall zu Fall),
- b) bei dauernder Erwerbsunfähigkeit.
- c) beim Tode eines Mitgliedes an die Hinterbliebenen.

Wegen die Entscheidung des Unterstützungsaussschusses ist die Berufung an den Prüfungsaussschuß zulässig, der endgültig entscheidet. — Bezieht ein Mitglied die Unterstützung des Verbandes des Rechtsstreitigkeiten, so kann der Unterstützungsaussschuß nach Anhören eines rechtskundigen Beirathes des Verbandes die Hebernahme der Kosten eines Rechtsstreites beschließen.

Preßsaussschuß.

§ 57. Der Preßsaussschuß besteht aus fünf Mitgliedern, die vom Abgeordnetenrat auf die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Der Preßsaussschuß hat über Beschwerden gegen die Schriftleitung der Wermeister-Zeltung zu entscheiden.

Prüfungsaussschuß.

§ 58. Der Prüfungsaussschuß besteht aus vier Mitgliedern des Verbandsvorstandes und zwei Stellvertretern. Er ist beschlußfähig, wenn drei Mitglieder des Ausschusses anwesend sind. Ihm liegt ob:

- a) Die Geschäfts- und Kassensicherung des Verbandes und der Aufseher-Geschäftsstellen laufend zu überwachen, die Kassen mindestens dreimal im Jahre unvermuthet zu prüfen, sie außerdem in regelmäßigen Zeiträumen von einem Sachverständigen prüfen zu lassen.
- b) den Jahresabschluß zu prüfen, die Jahresabrechnung für den Verbandsvorstand abzunehmen und dem Abgeordnetenrat vorzulegen.
- c) über die Berufung gegen Beschlüsse des Unterstützungsaussschusses endgültig zu entscheiden.

Ausschüsse und Ausschüsse.

§ 59. Der **Ausschuss** besteht aus fünf Mitgliedern des **Verbandsvorstandes** und drei **Stellvertretern**. Er ist **beschlußfähig**, wenn drei Mitglieder des **Ausschusses** anwesend sind. Der **Ausschuss** hat zu entscheiden über:

- a) die **Einlage** von **Vermögensbeständen**. Das **Vermögen** muß **mißwendiger** angelegt werden,
- b) die **Herausgabe** von **Verlangwerten** größeren **Umfangs**.

Ausschuss für Soziale und Wirtschaftspolitik.

§ 60. Der **Ausschuss** besteht aus den **Verbandsvorsitzenden**, dem **Vertreter** des **D. B. D.** im **Stift-Bunde**, den **Geschäftsführern** der **sozial- und wirtschaftspolitischen** **Abteilungen** in **Elbfeldern** und **Berlin**, dem **Verbandschriftführer**, zwei **ehrenamtlichen** **Mitgliedern** des **Verbandsvorstandes** und drei **Abgeordneten**, die je nach **Bedarf** in ihrer **Gesamtheit** oder in **eigenen** **Bezirksämtern** **zusammentreten**. Er kann **Geschäftsstellenleiter** und **sachkundige** **Verbandsmitglieder** zu seinen **Beratungen** **hinzuziehen**. Der **Ausschuss** ist dem **Verbandsvorstande** und dem **Abgeordnetentage** für seine **Tätigkeit** **verantwortlich**. — Die **Aufgabe** des **sozial- und wirtschaftspolitischen** **Ausschusses** besteht in der **Überwachung** der **Durchführung** des **sozialen** **Programms** und in der **Förderung** und **Wachhaltung** der **sozialen** und **wirtschaftspolitischen** **Bewegung**. — Zu den **Sitzungen** des **Verbandsvorstandes**, in denen **Fragen** von **sozial- und wirtschaftspolitischer** **Bedeutung** zur **Berachtung** **stehen**, sind die **Leiter** der **sozial- und wirtschaftspolitischen** **Abteilungen** **hinzuzuziehen**.

VII. Abgeordnetentag.

§ 61. Der **Abgeordnetentag** besteht aus den nach der **Wahlordnung** **gewählten** **Abgeordneten**. Er ist das **oberste** **Organ** des **Verbandes**.

Zu dem **Abgeordnetentage** werden **hinzugezogen** der **Verbandsvorstand**, der **Verbandschriftführer**, der **Verbandsstabsführer**, die **Abteilungsleiter** der **Hauptverwaltung**, der **Schriftleiter** der **Bermeister-Zeitung**, die **Mitglieder** des **Ausschusses** für **Sozial- und Wirtschaftspolitik** und die **Bezirksgeschäftsstellenleiter**.

Der **Abgeordnetentag** ist **beschlußfähig**, wenn **mindestens** **zwei** **Drittel** der **Abgeordneten** **anwesend** **sind**. **Stimmrecht** **haben** **nur** die **Abgeordneten**.

§ 62. Der **Abgeordnetentag** **findet** **alle** **zwei** **Jahre** **statt** und **beginnt** **am** **dritten** **Sonntag** **nach** **Ostern**. Ein **außerordentlicher** **Abgeordnetentag** **muß** **stattfinden**, **wenn** der **Verbandsvorstand** **dies** **beschließt**, **oder** **wenn** die **Hälfte** der **Abgeordneten** **den** **Abgeordnetentag** **schriftlich** **dem** **Verbandsvorstand** **unter** **Angabe** der **Gründe** **beantragt**.

§ 63. Die **Abgeordneten** **wählen** **aus** **ihrer** **Mitte** **für** die **Dauer** des **Abgeordnetentages** **einen** **Verbandsstabsleiter**, **dessen** **Stellvertreter** **und** **drei** **Beisitzer**. Die **Zahl** der **Verbandsvorstandsmitglieder** zu **Verbandsstabsleitern** ist **zulässig**. — Der **Verbandsstabsführer** **nimmt** **eine** **Niederstuf** **über** die **Verhandlungen** **an**, in der die **anwesend** **Abgeordneten** **des** **Abgeordnetentages** **setzstellen** **und** die **Zahl** der **anwesend** **Abgeordneten** **und** das **Ergebnis** der **Abstimmung** **angeben** **ist**. **Daneben** **werden** die **Verhandlungen** **vorgetru** **aufgenommen**. — **Abgelehnt** **ist** **die** **Beitrag** **zur** **Verband** **und** die **Sätze** für die **Unterstützungen** **festzusetzen**, **die** **Wahlordnung** **für** die **Wahlen** **zum** **Verbandsvorstande** **und** **Abgeordnetentag** **zu** **erlassen**.

§ 64. Dem **Abgeordnetentage** **steht** **insbesonders** **ab**:

- a) den **Jahresabschluss** des **Verbandes** und **seiner** **Einrichtungen**, **sowie** die **Verichte** der **Vertreter** in den **wirtschaftlichen** **Körperschaften** **entgegenzunehmen** **und** **den** **Verbandsvorstand** **und** die **Hauptverwaltung** **zu** **entlasten**,
- b) den **Voranschlag** **zu** **genehmigen**,
- c) die **Verbandsrechnungen**, den **Schiedsentscheid**, den **Presseanspruch** **und** die **drei** **Abgeordneten** **für** den **sozial- und wirtschaftspolitischen** **Ausschuss** **zu** **wählen**,
- d) die **Beiträge** **für** den **Verband** **und** die **Sätze** für die **Unterstützungen** **festzusetzen**,
- e) die **Wahlordnung** **für** die **Wahlen** **zum** **Verbandsvorstande** **und** **Abgeordnetentag** **zu** **erlassen**,
- f) die **Arbeiten** **zu** **berwilligen**,
- g) bei **Berufung** **über** **Ausschlüsse** **oder** **über** die **Auslegung** der **Satzungen** **zu** **entscheiden**,
- h) **über** die **Erweiterung** **der** **Aufgaben** **des** **Verbandes** **zu** **beschließen**,
- i) **über** die **Anträge** **auf** **Änderung** **der** **Satzungen** **und** **über** die **Auflösung** **des** **Verbandes** **zu** **entscheiden**.

Änderungen der **Satzungen** **müssen** **zwei** **Drittel** der **anwesend** **Abgeordneten** **beschließen**.

§ 65. **Anträge** **an** den **Abgeordnetentag** **dürfen** **nur** **von** den **Abgeordneten**, **den** **Verbandsvorsitzenden**, **dem** **Verbandsvorstand** **und** **dem** **Ausschuss** **für** **Sozial- und Wirtschaftspolitik** **gestellt** **werden**. Die **Anträge** **sind** **mit** **einer** **kurzen** **Begründung** **zwei** **Monate** **vor** dem **Abgeordnetentag** **der** **Hauptverwaltung** **einzuweisen**.

§ 66. Die **Anträge** **an** den **Abgeordnetentag** **veröffentlicht** **der** **Verbandsvorstand** **in** der **Bermeister-Zeitung**, **und** **zwar** **für** die **ordentliche** **Tagung** **sechs** **Wochen** **vorher**. Die **Jahresberichte** **und** die **Tagungsordnung** **zum** **Abgeordnetentag** **müssen** **mindestens** **drei** **Wochen** **vor** der **Tagung** **in** den **Händen** der **Abgeordneten** **sein**.

§ 67. Der **Verbandsvorstand** **beruft** **den** **Abgeordnetentag** **ein** **und** **gibt** **Ort** **und** **Zeit** **mindestens** **sechs** **Wochen** **vorher** **in** der **Bermeister-Zeitung** **bekannt**.

§ 68. Die **Bergütung** der **Abgeordneten** **besteht** **im** **Jahreslohn** **anderer** **Klasse**. Die **Tag- und** **Kilometergebühren** **bestimmt** **der** **Abgeordnetentag** **auf** **Vorschlag** **eines** **auf** **den** **Abgeordnetentage** **zu** **wählend** **Ausschusses** **unter** **Zusiehung** **von** **zwei** **Verbandsvorstandsmitgliedern**.

§ 69. In **einigen** **Fällen** **kann** der **Verbandsvorstand** **eine** **schriftliche** **Abstimmung** **vornehmen** **lassen**. Er **muß** **es** **tun**, **wenn** **mindestens** **fünfzehn** **der** **Abgeordneten** **es** **verlangen**. Die **schriftliche** **Abstimmung** **muß** **unterbleiben**, **wenn** **mindestens** **acht** **Tag** **vor** der **Abstimmung** **nachweisbar** **fünfzehn** **Abgeordnete** **dem** **Widerproben** **haben**. Er **darf** **nur** **über** die **in** § 64, **Ziffer** **a, f, g** **und** **h** **genannten** **Aufgaben** **schriftlich** **abstimmen** **lassen**. Die **Frist** **für** die **Abstimmung** **muß** **mindestens** **sechs** **Wochen** **betragen**. Die **Fragen** **mit** **ihrer** **Begründung**, **sowie** **die** **etwaige** **Erklärung** **namen** **des** **Verbandsvorstandes** **sind** **in** der **nächsten** **Nummer** der **Bermeister-Zeitung** **zu** **veröffentlichen**. — **Mündliche** **Abstimmungen** **sind** **in** **dieser** **Ausfertigung** **der** **Hauptverwaltung** **einzuweisen**. — **Der** **Abgeordnete** **einer** **Gruppe** **ist** **verpflichtet**, **sich** **bei** **einer** **schriftlichen** **Abstimmung** **mit** **den** **seiner** **Gruppe** **angehörenden** **Delegierten** **über** die **zur** **Abstimmung** **stehenden** **Fragen** **zu** **verständigen**. — **Das** **Ergebnis** **der** **Abstimmung** **ermitteln** **die** **Verbandsvorsitzenden** **gemeinlich** **mit** **drei** **anderen** **Mitgliedern** **des** **Verbandsvorstandes** **zwei** **Tage** **nach** **Ablauf** der **Abstimmungsfrist**. **Das** **Ergebnis** **wird** **in** der **nächsten** **Nummer** der **Bermeister-Zeitung** **veröffentlicht**.

§ 70. In **allen** **den** **Fällen**, **in** **welchen** **durch** die **schriftliche** **Abstimmung** **der** **Abgeordneten** **ein** **Beschluß** **nicht** **herbeigeführt** **werden** **kann**, **muß** **eine** **Abstimmung** **erfolgen**.

VIII. Gruppen- und Bezirksgeschäftsstellen.

§ 71. Die **im** **Geschäftsbereich** **des** **Verbandes** **errichteten** **Bezirks- und Gruppen-geschäftsstellen** **unterstützen** **den** **Verbandsvorstand**, die **Hauptverwaltung** **und** **die** **Erkennungsvereine**.

Die **Geschäftsstellenleiter** **sind** **den** **Verbandsvorsitzenden** **unterstellt**. **Beauftragte** **des** **Verbandsvorstandes** **sind** **die** **zuständigen** **Bezirksvertreter**. **Sie** **überwachen** **die** **Durchführung** **der** **von** **Verbandsvorsitzenden** **und** **den** **Abgeordneten** **gestellten** **Beschlüsse**.

§ 72. Für **jede** **Bezirks- und Gruppen-geschäftsstelle** **ist** **ein** **Beirat** **zu** **errichten**. Er **setzt** **sich** **in** der **Regel** **zusammen** **aus** **den** **Abgeordneten**, **den** **Gruppenvorsitzenden** **und** **einem** **Vorsitzenden** **aus** **den** **Erkennungsvereinen** **am** **Orte** der **Geschäftsstelle**. **Der** **Beirat** **erhöht** **den** **Beirat** **in** **seiner** **Eigenschaft** **als** **Verbandsvorstandsmittglied**. **Der** **Beirat** **hat** **die** **Aufgabe**, die **Tätigkeit** **der** **Bezirks- und Gruppen-geschäftsstellen** **nach** **den** **von** **Verbandsvorstand** **herausgegebenen** **Nichtlinien** **zu** **überwachen**, **se** **durch** **Hat** **und** **Ent** **zu** **unterstützen** **und** **Beschwerden** **der** **Verbandsmitglieder** **gegen** **die** **Geschäftsstellen** **entgegenzunehmen** **und** **zu** **erledigen**.

IX. Auflösung des Verbandes.

§ 73. Die **Auflösung** **des** **Verbandes** **kann** **nur** **von** **zwei** **hundert** **Jahresfrist** **entwerfenden** **Abgeordnetentagen** **beschlossen** **werden**. **Wird** **die** **Auflösung** **des** **Verbandes** **von** **zwei** **Drittel** **der** **Abgeordneten** **beantragt**, **so** **müssen** **abgehen** **dem** **Tag** **der** **Antragstellung** **und** **dem** **ersten** **Abgeordnetentage** **neun** **Monate** **liegen**.

Der **Antrag** **ist** **sofort** **nach** **Antragstellung** **in** **der** **aufeinanderfolgenden** **Nummern** **der** **Bermeister-Zeitung** **zu** **veröffentlichen**. **Der** **Beschluß** **über** **die** **Auflösung** **des**

10 Vorstandes bedarf der Zustimmung von vier Fünftel der anwesenden Abgeordneten. Wird der Verband aufgelöst, so hat der letzte Abgeordnetentag über das, was die Tilgung aller Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des Verbandes zu verfügen.

X. Inkrafttreten der Satzungen.

§ 74. Die Satzungen treten am 1. Dezember 1922 in Kraft

Geschäftsordnungen.

A. Streifordnung.

§ 1. Grundsätzlich wird der Streif nur als äußerstes Mittel zur Erlangung besserer oder zur Abwehr schlechterer Arbeitsbedingungen angesehen. Die Wahrung der Interessen der Gesamtmitgliedschaft erfordert es, daß grundsätzlich nur solche Streifs geführt werden, zu denen der Vorstandsvorstand seine Zustimmung gegeben hat. Er kann seine Zustimmung nur dann geben, wenn vorher alle Möglichkeiten zur Beilegung der Streitfragen durch unmittelbare Verhandlungen oder Anrufung der Vertrauensleute oder gesetzlichen Schlichtungsstellen erschöpft sind.

§ 2. Treten Mitglieder des Verbandes allein oder in Gemeinschaft mit Mitgliedern anderer Organisationen mit Forderungen an einen Arbeitgeber oder eine Arbeitgeberorganisation heran, so sind sie verpflichtet, den Vorstandsvorstand vorher unter gleichzeitiger Benachrichtigung des zuständigen Geschäftsstellenleiters zur Beratung hinzuzuziehen. Nach vorsätzlicher Prüfung der Verhältnisse ist der Geschäftsstellenleiter, bei seiner Berufung der Ortsvereinsvorstand, verpflichtet, dem zuständigen Bezirksvertreter und der Hauptverwaltung des Verbandes unter Benutzung des vorgezeichneten Formulars zu berichten. Der Bericht muß enthalten:

- genaue Angaben über die aufzustellenden Forderungen,
- genaue Mitteilungen über die in dem oder den in Betracht kommenden Betrieben vorhandenen Organisationen und deren Stärke,
- Angaben über die Zahl der beteiligten Betriebsangestellten und Verbandsmitglieder,
- Angaben über die bisherigen Arbeits- und Gehaltsverhältnisse der Verbandsmitglieder, den Beschäftigungsgrad des Unternehmens oder der Unternehmungen

Erst nach Zustimmung des Vorstandsvorstandes oder seines Beauftragten dürfen die Forderungen eingereicht werden.

§ 3. Ist die Zustimmung erteilt, dann sind die Verbandsmitglieder verpflichtet, die Bewegung durch ihr Verhalten dem Verbande und der Öffentlichkeit gegenüber zu fördern. Der Verband stellt den Mitgliedern nach Maßgabe der verfügbaren Mittel die Organisationsapparate zur Verfügung. In der Regel führt der zuständige Geschäftsstellenleiter die Bewegung. Er hat regelmäßig die Hauptverwaltung des Verbandes über den Verlauf der Verhandlungen zu unterrichten.

§ 4. Falls Maßregelungen eintreten, dann ist vor weiteren Schritten die Bezirks- oder Gruppen-Geschäftsstelle und durch diese die Hauptverwaltung unter Vorlegung der in Betracht kommenden Umstände zu benachrichtigen. Sind weitere Schritte zu erwarten, so ist die Entscheidung des Vorstandsvorstandes oder seines Beauftragten möglichst abzuwarten.

§ 5. Arbeitseinstellungen dürfen nur mit Genehmigung des Vorstandsvorstandes oder seines Beauftragten unternommen werden. Dieser prüft vor seiner Entscheidung auf Grund des erhaltenen Berichtes, ob Aussicht auf die erfolgreiche Durchführung eines Streifs vorhanden ist. Deshalb muß der emzureichende Situationsbericht auch Angaben darüber enthalten, wieviel Mitglieder sich für den Streif erklärt haben.

§ 6. Die Entscheidung über eine beabsichtigte Arbeitseinstellung muß von den beteiligten Mitgliedern des Verbandes grundsätzlich in gemeinsamer Abstimmung gefaßt werden. Vor der Abstimmung sind die geltenden Bestimmungen über die Durchführung und Unterstützung des Streifs in der Versammlung von den Beauftragten des Vorstandsvorstandes oder dem Betriebsvertrauensmann bekanntzugeben.

Ein Streif kann nur dann genehmigt werden, wenn sich in der gleichen Abstimmung drei Viertel der an der Bewegung beteiligten Verbandsmitglieder dafür

erklären. Von dem Ergebnisse der Abstimmung ist dem Verbandsvorstande oder seinem Beauftragten sofort Kenntnis zu geben.

§ 7. Wird die Arbeitseinstellung durch den Vorstandsvorstand oder seinen Beauftragten genehmigt, so wird dieser Bescheid, bei gleichzeitiger Benachrichtigung der Erbszene in den in Betracht kommenden Geschäftsstellen und den Bezirksvertretern mitgeteilt. Dieser Bescheid ist für die Verbandsmitglieder verbindlich. Andere Forderungen, als zur Beschäftigung vorliegen, dürfen nicht gestellt werden. Wird die Niederlegung der Arbeit wegen der Entscheidung des Vorstandsvorstandes herbeigeführt, dann verhalten sich die beteiligten Verbandsmitglieder auf gleiche Weise durch den Verband.

§ 8. Die am Streif beteiligten Verbandsmitglieder sind verpflichtet, sich einer streifen Kontrolle durch die Streifenleitung zu unterwerfen und sich an allen Arbeiten, die zur erfolgreichen Durchführung des Streifs notwendig werden, zu beteiligen. Mitgliedern, die dies ohne wichtigen Grund verweigern, kann die Unterstützung entzogen werden. Die an der Streifenleitung beteiligten Verbandsmitglieder oder Beauftragte haben der Hauptverwaltung mindestens alle drei Tage Bericht über den Stand der Bewegung einzufenden, Kontrollieren die am Streif Beteiligten zu führen und die Unterstützungsformulare nach dem vorgezeichneten Muster mit den notwendigen Angaben durch den Ortsvereinsvorstand weiterzuleiten.

§ 9. Die Beendigung des Streifs und die Wiederaufnahme der Arbeit wird durch den Vorstandsvorstand oder seinen Beauftragten im Benehmen mit den an der Streifenleitung beteiligten Mitgliedern festgelegt. Findet sich bei einer Abstimmung über die Frage, ob der Streif fortgesetzt werden soll, keine Zweidrittel-Mehrheit, so ist der Streif abzuenden.

§ 10. Mitglieder des Verbandes, die während des Streifs oder einer Aussetzung der Arbeit ohne Genehmigung des Vorstandsvorstandes oder seines Beauftragten ausbleiben und dadurch ihre Kollegen und den Verband schädigen, werden aus dem Verbands ausgeschlossen. Wer vor Ablauf eines Jahres nach Beendigung des Streifs aus dem Verbands aussteigt oder ausgeschlossen wird, hat die empfangene Streifenunterstützung zurückzugeben.

§ 11. Notarbeiten sind zu verrichten, soweit sie der Vorstandsvorstand oder seine Beauftragten anordnen oder genehmigen.

§ 12. Mitglieder, die nachweisbar auf Grund der ihnen übertragenen Funktionen für die Wahrung der Verbandinteressen eingetreten sind und infolge dieser Tätigkeit steuermäßig werden, können ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft eine Gemahregeldunterstützung für die Dauer von sechs Monaten erhalten.

B. Unterstützungsordnung.

Allgemeine Bestimmungen

§ 1. Jeder Antrag auf Unterstützung ist schriftlich an den ersten Vorsitzenden des Ortsvereins zu richten, dem der Antragsteller angehört. Der Antrag ist eingehend zu begründen. Alle für seine Vertretung erforderlichen Unterlagen (Bescheinigungen, Zeugnisse, Rechnungen, Anstellungen u. a.) sind beizufügen.

Im Auslande wohnende Mitglieder und ihre Angehörigen wenden sich unter amtlicher Beglaubigung der nötigen Unterlagen unmittelbar an die Hauptverwaltung.

§ 2. Der Vorstand des Ortsvereins prüft den Antrag gemeinsam mit den von der Mitgliederversammlung bestellten Vertrauenspersonen, zieht etwaige erforderliche Auskünfte über die Vermögenslage des Antragstellers ein und ist verpflichtet, der Hauptverwaltung auf dem von ihr vorgezeichneten Fragebogen eingehend über den Antrag, sowie über die Höhe und Form der den Verhältnissen angemessenen Unterstützung zu berichten.

§ 3. Über den Antrag entscheidet der Vorstandsvorstand nach den Bestimmungen der Satzungen. Der Vorstandsvorstand ist berechtigt, eine Ergänzung der eingereichten Unterlagen zu verlangen. Sowie nicht für die Unterstützung solche Beträge vorgelegen sind, kann der Vorstandsvorstand die Unterstützung innerhalb der vorgegebenen Grenzen nach freiem Ermessen bewilligen.

§ 4. Der Antragsteller ist schriftlich zu benachrichtigen. Die bewilligten Unterstützungen sind, soweit sie nicht anqanzamt werden: sollen (Wochenhilfe), innerhalb einer Woche nach Abgang des Bescheides durch den stellvertretenden Ortsvereinsvor-

12 Zustellung zu bringen. — Beträge, die innerhalb sechs Wochen nach Empfang des Bescheides nicht zur Auszahlung gelangen konnten, sind der Hauptverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Besondere Bestimmungen.

Unterstützung bei besonderer Notlage.

§ 5. Einem Mitgliede, das dem Verbands mindestens zwei volle Jahre angehört, kann bei besonderer Notlage eine Unterstützung *) gewährt werden. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach den Vermögensverhältnissen und den persönlichen Verhältnissen. Sie beträgt bei:

2- bis 4-jähriger Mitgliedschaft	Mk.	15	20-jähriger Mitgliedschaft	Mk.
5- bis 10-jähriger Mitgliedschaft		20	25-jähriger Mitgliedschaft	
10- bis 15-jähriger Mitgliedschaft		25	und mehr Mitgliedsjahre	

Ist die besondere Notlage durch längere Krankheit und Erwerbsunfähigkeit verursacht, dann können in dringenden Fällen auf Antrag der Ortsvereine noch besondere Zulagen gewährt werden. Der Antrag auf Unterstützung kann nach Ablauf eines Jahres wiederholt werden. Bei längerer oder längerer Stellenlosigkeit kann die Unterstützung bis zu 100% erhöht werden.

§ 14 der Unterstützungsordnung findet sinngemäße Anwendung.

Unterstützung bei dauernder Erwerbsunfähigkeit.

§ 6. Einem Mitgliede, das dem Verbands volle fünfundsiebzig Jahre angehört hat und dauernd erwerbsunfähig ist, kann eine laufende jährliche Unterstützung von Mark gewährt werden. Die Erwerbsunfähigkeit ist durch Verlegung des Bescheides eines Trägers der reichsgesetzlichen Arbeiter- oder Angestelltenversicherung oder durch ein ärztliches Zeugnis nach dem von der Geschäftsstelle vorgezeichneten Muster nachzuweisen. In dringenden Fällen kann auf Antrag der Ortsvereine eine besondere Zulage gewährt werden.

Unterstützung von Hinterbliebenen.

§ 7. Ist ein Mitglied, das dem Verbands mindestens zehn Jahre angehört, verstorben, so kann seiner Witwe bei nachgewiesener Erwerbs- und Mittellosigkeit eine Unterstützung gewährt werden, deren Höhe sich nach der Mitgliedsdauer des verstorbenen Ehemannes richtet. Sie beträgt mindestens Mark jährlich, höchstens Mark. Bei völliger Hilflosigkeit kann die Unterstützung auf Antrag des Erbsberechtigten erhöht werden.

Sonderausweis eines Mitgliedes, das dem Verbands mindestens zehn volle Jahre angehört hat, können, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, eine jährliche Unterstützung bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres erhalten.

§ 8. Stirbt ein Mitglied, das mindestens zwanzig Jahre dem Verband und der Ehe verheiratet angehört hat, so kann den Hinterbliebenen oder Angehörigen eine Vermögensbeihilfe gewährt werden, jedoch nur an solche Mitglieder, die ihres Alters wegen eine Nachversicherung bei der Sterbekasse ab 1. Juli 1922 nicht mehr erhalten konnten. — Die Beihilfe beträgt 500,— Mark, steigend dem zwanzigsten Mitgliedsjahre, ab um je 20,— Mark je Mitgliedsjahre bis zum Höchstbetrage von 1.000,— Mark.

Unterstützung bei Rechtsstreitigkeiten.

§ 9. Bei Rechtsstreitigkeiten eines Mitgliedes kann der Verband die Kosten ganz oder teilweise übernehmen, wenn der Rechtsstreit die wirtschaftliche Lage des Mitgliedes und seiner Familie schädigt. In Fällen, in denen es sich um eine grundsätzliche Entscheidung handelt, können sämtliche Kosten übernommen werden. In zweifelhaften Fällen und solchen Streitigkeiten zwischen dem Mitgliede und seinem Arbeitgeber, die vom Mitgliede nicht verhindert sind, kann der Verband die Kosten des Anwalts des Mitgliedes und die Gerichtskosten übernehmen. Ist durch das Urteil im Rechtsstreit erwiesen, daß die Angaben des Mitgliedes zutreffen, so können dem Mitgliede die sämtlichen Kosten erstattet werden.

*) Anm.: Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach den Lebensverhältnissen. Die Unterstützungsätze werden von Fall zu Fall im Verbandsorgan veröffentlicht.

§ 10. Die für die Durchführung des Rechtsstreits gewährte Unterstützung ist zurückzuführen, wenn das Mitglied:

- rechtsträchtig abgeht und ihm der Gegner die Kosten erstattet hat,
 - in dem Antrag auf Gewährung einer Unterstützung wesentliche Tatsachen wesentlich oder erobfabrigartig verschwiegen oder unrichtig festgestellt hat,
 - vor Ablauf von fünf Jahren nach Beendigung des Rechtsstreites aus dem Verbands freiwillig aussteigt oder ausgeschieden wird.
- § 14 der Unterstützungsordnung findet sinngemäße Anwendung.

Unterstützung bei Stellenlosigkeit.

§ 11. Im Falle einer Stellenlosigkeit wird Stellenlosgeld nach folgenden Bestimmungen gewährt: Das Stellenlosgeld wird erst nach einjähriger ununterbrochener Mitgliedschaft und zwar sechsmonatigen Tage nach Stellung des Antrages beim Vertrauensmann und dem Tage der Berufenslosigkeit ab gewährt. Die Höchstleistung wird nach der Dauer der Mitgliedschaft dem Verbands abgestuft. Es kann an Stellenlosgeld gewährt werden:

- dem vollendeten ersten bis zum vollendeten fünften Jahre der Mitgliedschaft auf die Dauer von 60 Tagen
 - dem vollendeten fünften bis zehnjährigen Jahre auf die Dauer von 90
 - dem vollendeten zehnjährigen bis zwanzigjährigen Jahre auf die Dauer von 120
 - dem zwanzigjährigen bis dreißigjährigen Jahre ab auf die Dauer von 150
- Das tägliche Stellenlosgeld beträgt bis auf weiteres Mark; für jedes unterhaltsbedürftige Kind wird eine weitere Unterstützung von Mark je Tag gewährt. Mit dem Tage der Beendigung des Streits oder der Aussperrung (§ 10) wird die Zahlung der erhöhten Unterstützung eingestellt. In solchen, die nach weiter Stellenlos sind, wird nur das gesetzlich vorgeschriebene Stellenlosgeld gewährt. Beim Tode des Mitgliedes während der Stellenlosigkeit wird das Stellenlosgeld nur bis zum Todestage gewährt.

Bei wiederholter Stellenlosigkeit innerhalb zwölf Monaten wird Stellenlosgeld nur bis zum vorgelebenden Höchstbetrage gewährt. Hat das Mitglied den Höchstbetrag innerhalb zwölf Monaten erhalten, so kommt die Zahlung von Stellenlosgeld erst wieder in Frage, wenn seit der letzten Unterstützung eine Wartzeit von einem Jahre zurückgelegt ist. Hat ein Mitglied in drei aufeinanderfolgenden Fällen Unterstützung an Stellenlosgeld in den dafür vorgelebenden Höchstbeträgen erhalten, so kann es Stellenlosgeld erst fünf Jahre nach der letzten Unterstützung erhalten. Ist das Mitglied infolge einer Erkrankung stellenlos geworden, und ist es nach seiner Genesung weiter stellenlos, so kommt die in Absatz 1 vorgelebene Wartzeit nicht in Betracht.

- § 12. Stellenlosgeld soll nicht gewährt werden, wenn das Mitglied:
- bei der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Pflichten an der Ausübung seines Berufes gehindert ist,
 - eine Schule besucht,
 - Krankengeld erhält, sich einem Selbstverfahren unterzieht oder sich in einem Krankenhaus oder einer Anstalt für Geistes Kranke aufhält,
 - sich in Strafhaft befindet,
 - Anspruch auf Gehalt oder sonstige Entschädigung hat,
 - Einnahmen aus gewinnbringender Beschäftigung hat,
 - es unte läßt, sich beim Stellennachweis und beim Vertrauensmann zu melden,
 - es sachfälligerweise unterläßt, sich um eine geeignete Stelle zu bewerben oder ohne wichtigen Grund eine geeignete Stelle ablehnt oder eine angenommenen Stelle nicht tritt,
 - bei Stellung des Antrages auf Unterstützung wissentlich falsche Angaben gemacht hat.

Bezieht ein Mitglied, das bei Stellung des Antrages auf Unterstützung leistet sich falsche Angaben gemacht hatte, bereits Stellenlosgeld, so wird die Weiterzahlung eingestellt. Eine neue Unterstützung wird in dem gleichen Geschäftsjahre nicht mehr gewährt.

§ 13. Wenn ein stellenlos geordnetes Mitglied, das während der Dauer der Mitgliedschaft Stellenlosgeld nicht erhalten hat, wegen körperlichen Schwaches oder wegen Ermüdung seiner körperlichen oder geistigen Kräfte sich nicht um eine neue Stelle bewerben, so kann ihm nach zehn Mitgliedsjahren Stellenlosgeld für 30 Tage gewährt werden, sofern Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß eine Unterstützung benötigt wird.

§ 14. Tritt ein Mitglied, das Stellenlosgeld erhalten hat, innerhalb zwei Jahren nach dem Aufhören der Unterstützung aus dem Verbands aus, oder wird das Mitglied aus dem Verbands ausgeschlossen, so hat es der Betrag des zuletzt erhaltenen Stellenlosgeldes dem Verbands zurückzahlen. Vor der Rückzahlung kann abgesehen werden, wenn das Mitglied zu einem dem M.F.-Bund oder dem D.D.B. angeschlossenen Verbands übertritt.

Unterstützung bei Aussperrung, Streiks, Maßregelung.

§ 15. Bei Aussperrung, Streiks und Maßregelung kann bei nachgewiesener Verdienstaufhellung die Unterstützung auf Antrag des Ortsvereins auf Grund folgender Bestimmungen gewährt werden:

§ 16. Die Solidaritätsunterstützung beträgt ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft . . . M. je Tag, das für jedes unterhaltberechtigte Kind unter 15 Jahren . . . M. je Tag. Der Betrag wird vom vierten Tage an, bei länger als 14 Tage dauernden Streiks vom ersten Tage an gewährt. Die Auszahlung erfolgt wöchentlich. Die Unterstützung verfällt, wenn sie nicht innerhalb einer Woche nach dem Zahlungserhebten erhoben worden ist. Bei Nachzahlung des Gehalts seitens des Arbeitgeberers ist sie zurückzuführen.

§ 17. Die Unterstützung bei Maßregelung beträgt . . . M. monatlich. Wird der Antrag vom Verbandsvorstande genehmigt, so beginnt die Auszahlung für die Zeit vom ersten Tage nach Ablauf des Dienstverhältnisses an nachträglich am Schlusse eines jeden Monats. Rechnerverdienst kann angerechnet werden. Muß ein Mitglied, das Gemeinregelungsmittel bezog, zur Erlangung einer neuen Stellung seinen Wohnort wechseln, so kann ihm zu diesem Zweck außerdem eine Unterstützung nach § 5 gewährt werden.

§ 18 der Unterstützungsordnung findet fangemäße Anwendung.

C. Geschäftsordnung der Ortsvereine des D. W.-B.

§ 1. Allmonatlich hat eine Versammlung des Ortsvereins stattzufinden, die durch den Vorstand des Ortsvereins einberufen wird.

§ 2. Der Vorsitzende oder sein Stellvertreter leiten die Versammlung nach den parlamentarischen Regeln. Ueber die Verhandlungen in jeder Versammlung ist eine Niederschrift anzufertigen.

§ 3. Der Vorsitzende erstattet die Berichterstattung unter Bekanntgabe der Tagesordnung und berichtet über die Eingänge. Dann verliest der Schriftführer die Niederschrift der letzten Versammlung, die als genehmigt gilt, wenn kein Einspruch erhoben wird. Erforderliche Veränderungen oder Nachträge werden der Niederschrift als Änderung beigelegt. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Nach Schluss der Versammlung sind weitere Erörterungen und Abstimmungen über Punkte der Tagesordnung unzulässig.

§ 4. Die Tagesordnung wird von dem Vorsitzenden festgesetzt. Anträge zur Tagesordnung durch die Mitglieder sind zulässig, sie kommen aber nur mit Unterstützung von fünf Mitgliedern zur Beratung. Anträge auf Schluss der Erörterungen sind jederzeit zulässig. Nach Stellung des Schlussantrages erhält ein Redner für und ein Redner gegen den Schlussantrag das Wort. Schlussanträge können nur von solchen Mitgliedern gestellt werden, die nicht zur Sache gesprochen haben. — Bei Vorlage mehrerer Anträge zum gleichen Gegenstand wird über den weitestgehenden zuerst abgestimmt. Hierbei kommen Zusatz- und Verbesserungsanträge vor dem Hauptantrag zur Abstimmung.

§ 5. Jedes Mitglied hat das Recht zur Tagesordnung zu sprechen. Der Vorsitzende erteilt der Reihe der Vormeldungen nach das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen. Persönliche Bemerkungen sind erst nach Schluss der Erörterung zulässig. — Bezirksvertreter und Abgeordnete können jederzeit das Wort ergreifen.

§ 6. Der Vorsitzende muß jeder Störung der Versammlung beruhigend entgegen treten. Er erteilt für Belästigende Worte Ordnungsrufe. Tritt der Redner durch eigenmächtige Angehörigkeiten die Versammlung, so entzieht ihm der Vorsitzende das Wort. Die Versammlung entscheidet, ob Störer aus der Versammlung ausgeschlossen sind.

§ 7. Bei allen Abstimmungen entscheidet die einfache Stimmenmehrheit. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Schriftliche oder namentliche Abstimmungen

müssen auf Antrag vorgenommen werden, wenn dieses von einem Fünftel der anwesenden Mitglieder unterstüzt wird.

§ 8. Die Wahl der laut § 30 der Satzungen zu wählenden Vorstandsmitglieder erfolgt in folgender Weise, der 1. Vorsitzende, der 1. Schriftführer, der 1. Kassensführer, der Vertrauensmann werden durch Stimmzettel gewählt. Die anderen Vorstandsmitglieder können, wenn dies nicht anders beschloffen wird, durch Zuzug der Stimmengleichheit gewählt werden. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Verteilung der Vorstandsmänner auf die Vorstandsstellen, mit Ausnahme der vier zuerst genannten, erfolgt in der ersten Vorstandssitzung nach der Wahl.

§ 9. Die Sitzungen des Vorstandes finden allmonatlich statt. Der Vorsitzende ist berechtigt, in dringenden Fällen eine besondere Sitzung einzuberufen. Der Vorstand ist beschlussfähig bei Anwesenheit der Mehrzahl seiner Mitglieder. Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Die Mitglieder des Vorstandes sind zur Geheimhaltung der Beschlüsse über Unterstützungsgesuche verpflichtet. Der Vorsitzende kann auch für andere Beschlüsse die Geheimhaltung anordnen.

§ 10. Der Vorsitzende überwaht die Geschäftsführung des Ortsvereins und ist für ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte verantwortlich. Ist er verhindert, so muß er dies seinem Stellvertreter sofort mitteilen. Gleichzeitig hat er diesem alle Unterlagen, die zur Erledigung der Geschäfte notwendig sind, zuzufinden. In diesem Falle hat der Stellvertreter alle Pflichten und Rechte des Vorsitzenden.

§ 11. Der Schriftführer hat den gesamten schriftlichen Verkehr des Ortsvereins zu übernehmen. Zu der Erledigung dieser Aufgaben kann er seinen Stellvertreter heranziehen. Der Schriftführer führt eine Mitgliederliste, die mit dem Kassensmann übereinstimmen muß.

§ 12. Der Kassensführer führt die Kassengeschäfte des Ortsvereins nach den von der Hauptverwaltung erlassenen Vorschriften. Er hat rechtzeitig die Mitgliederbeiträge an die Hauptverwaltung abzuführen. Sonstige Zahlungen dürfen nur auf Anweisung des Vorsitzenden erfolgen.

Alle Gelder, die nicht für die laufenden Geschäfte des Ortsvereins benötigt werden, müssen bei der Deutschen Wertmeister-Sparbank angelegt werden.

§ 13. Der Vertrauensmann des Ortsvereins steht jedem Mitgliede des Vereins mit Rat und Tat zur Seite. Er muß stets über den Stellenmarkt unterrichtet sein. Die bei der Stellenbewerbung maßgebenden Vorschriften kennen und alle für die Stellenvermittlung nötigen Drucksachen vorrätig haben.

Der Stelle suchende wird von dem Vertrauensmann angehalten, dem Stellennachweis des Verbandes sechs Stellennachweismäner einzureichen und sie nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist (zwei Monate) zu erneuern. Gleichzeitig erhält der Stelle suchende die bei der Stellenbewerbung zu benutzenden Drucksachen. Ueber die Ausgabe der Drucksachen des Stellennachweises führt der Vertrauensmann zur Abrechnung der Ausgaben des Mitgliedes eine Liste. Wegen berechtigter Beschwerden über den Mißbrauch dieser Drucksachen vor, so können weitere Drucksachen vorerhalten werden. — Der Vertrauensmann hat unter ständiger Führungsbereitschaft den Betriebsvertrauensleuten die Verhältnisse der Betriebe des Ortsvereinsbereichs zu besorgen und jede ihm bekanntwerdende offene Stelle unverzüglich der Hauptverwaltung mitzuteilen.

§ 14. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte geeignete Personen zur Verwaltung der Geräte, Bibliothek und des Archivs, denen die Instandhaltung und Ergänzung sowie die Führung eines entsprechenden Verzeichnisses obliegt.

D. Geschäftsordnung für die Wahlbezirke und Wahlgruppen des D. W.-B.

§ 1. Die Geschäftsführung der Wahlgruppen regelt sich nach den §§ 36—42, die der Wahlbezirke nach den §§ 43—48 der Satzungen.
 § 2. Die Wahlbezirke und ihre Vororte sind folgende:

Bezirk I	Dorort	Nürnberg	Bezirk VI	Dorort	Saganen W.	Bezirk XI	Dorort	Breslau
" II	"	Kaasruhe	" VII	"	Hannover	" XII	"	Görlitz
" III	"	Zudwigsh.	" VIII	"	Essen	" XIII	"	Chemnitz
" IV	"	Wien	" IX	"	Stettin	" XIV	"	Leipzig
" V	"	Essen	" X	"	Berlin 1			

E. Wahlordnung für die Abgeordneten und Bezirksvertreter.

§ 1. Die Wahlen für den Abgeordneten finden im Oktober des dem Abgeordnetenjahre vorhergehenden Jahres statt. Die Aufforderung zur Wahl erfolgt in der Werkzeiter-Zeitung.

§ 2. Der Wahltag, die Wahlzeit und der Wahlort bleiben den Ortsvereinen überlassen. Zur Vornahme der Wahl in mehreren Lokalen ist eine Unterteilung des Wahlbezirktes zulässig. Der Wahlvorstand besteht aus dem Vorsitzenden des Ortsvereins und vier von der Mitgliederversammlung gewählten Mitgliedern.

§ 3. Der Vorsitzende gibt die vorgeschlagenen Personen bekannt und weist darauf hin, daß für jedes zu bestellende Amt einschließlich der erforderlichen Stellvertreter nur die im Vorschlag gebrachten Personen gewählt werden dürfen und daß jeder Stimmzettel nur drei Namen enthalten darf. Enthält der Stimmzettel mehr Namen, so sind nur die an erster Stelle stehenden Namen in der Anzahl gültig, wie für das zu bestellende Amt einschließlich der erforderlichen Stellvertreter erforderlich sind. — Der Wahlvorstand stellt das Wahlergebnis fest, das in einem Wahlprotokoll zusammengefaßt und vom Wahlvorstande unterzeichnet wird.

§ 4. Als gewählt gilt. Als Vertreter derjenige, der an erster Stelle die meisten Stimmen erhalten hat, als erster Stellvertreter derjenige, der an erster und zweiter Stelle die meisten Stimmen erhalten hat, als zweiter Stellvertreter derjenige, der an erster, zweiter und dritter Stelle die meisten Stimmen erhalten hat. (§ 5 des Gesetzes über Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.)

§ 5. Die Wahllisten sind spätestens bis zum 5. November dem Gruppenvorstande auszuliefern.

§ 6. Die Wahl des Bezirksvertreters erfolgt nach der gleichen Wahlordnung wie für die Wahl der Gruppenabgeordneten, jedoch mit der Maßgabe, daß die Wahllisten hierüber an den Bezirksvorstand einzuliefern sind.

§ 7. Die Liste der vorgeschlagenen Kandidaten ist spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag in der Werkzeiter-Zeitung zu veröffentlichen.

§ 8. Gegen die Wahl kann innerhalb zwei Wochen nach dem Wahltag Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist mit der Begründung bei dem Vorsitzenden der Gruppe bzw. des Bezirks einzureichen.

§ 9. Ist innerhalb zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses im Betriebsrat keine Beschwerde gegen die Wahl eingelegt, so benachrichtigt der Vorsitzende der Gruppe bzw. des Bezirks die Gewählten und teilt unverzüglich das Ergebnis der Wahl der Hauptverwaltung mit, die es in der Werkzeiter-Zeitung veröffentlicht. — Den Gewählten wird eine Bestätigung über ihre Wahl ausgestellt.

§ 10. Ist gegen die Wahl Beschwerde erhoben worden, so übersendet sie der Vorsitzende der Gruppe oder des Bezirks innerhalb drei Tagen nach Ablauf der Einspruchsfrist an die Hauptverwaltung. — Ueber die Beschwerde entscheidet der Bezirksvorstand endgültig.

§ 11. Wird die Wahl für ungültig erklärt, so hat der geschäftsführende Vorstand der Gruppe bzw. des Bezirks eine Neuwahl anzuordnen, welche innerhalb zwei Wochen nach ihrer Anordnung stattfinden muß. Gilt die Neuwahl bleibt die Wahlabschlüsse der ersten Wahl bestehen. Beschwerde gegen die neue Wahl ist nicht mehr zulässig.

§ 12. Ergänzungswahlen sind nur dann vorzunehmen, wenn die Mitglieder nicht mehr im Verbandsvorstand oder auf dem Abgeordnetenjahre vertreten sind. Sie finden nach den gleichen Bestimmungen wie die Neuwahlen statt.

§ 13. Die tatsächlichen Kosten der Wahl trägt der Verband.

§ 14. Für die Stimmzettel, die Wahllisten, die Niederschrift über die Wahlhandlung und die Benachrichtigung an die Gewählten sind die von der Hauptverwaltung aufgestellten Muster, die kostenlos zu beziehen sind, zu verwenden.